



OFFENER BRIEF zu Finanzmarktpolitik, Gender und Entwicklungszusammenarbeit

An
Bundeskanzler Werner Faymann
Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger
Bundesministerin für Finanzen Maria Fekter

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrte Frau Finanzministerin!

Mit großer Beunruhigung hören wir in den letzten Wochen von enormen Geldern, die in Österreich voraussichtlich noch zur Rettung von Banken aufgebracht werden müssen.

Gleichzeitig kommt es zu großen Einsparungen im Bereich der Ermessensausgaben für den Sozialsektor und bei der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade diese Einsparungen treffen im höchsten Maße Menschen, die auf öffentliche Gelder angewiesen sind. Vor allem Frauen sind von sozialstaatlichen Kürzungen besonders betroffen. Auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit leiden Frauen am meisten unter der Reduzierung der Mittel für die Austrian Development Agency und UN-Institutionen.

Frauen haben die Finanzkrisen weder verursacht, noch sind sie in jenen Gremien vertreten, die sich mit deren Folgen befassen. Ganz im Gegenteil scheint es so zu sein, dass jene, die die Krise verursacht haben, auch mit deren Bekämpfung beauftragt werden. Es ist nicht verwunderlich, dass der Verband ISDA, der den Eintritt des „Kreditfalls“ und damit das Fälligwerden der CDS verfügte, im Jahr 2010 den „Worst EU Lobbying Award“ gewonnen hat.

Am Beginn der Krise im Jahr 2008 schien unter den politisch Verantwortlichen Einigkeit zu herrschen, dass die Macht der Akteure auf den Finanzmärkten gebrochen werden muss und eine Systemänderung notwendig ist. Bald darauf jedoch schienen all diese Vorsätze vergessen zu sein und der Finanzmarkt wurde mit Geld geflutet, das zu neuen, noch viel gefährlicheren Aktivitäten genutzt wurde, denn nun sind es die Volkswirtschaften, die Spekulationsziele geworden sind. Die aktuellen Staatsschuldenkrisen sind ja durch Bankenrettung, Konjunkturabschwung und Konjunkturpakete verursacht und nicht deshalb, weil weite Teile der Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger wird nun zur Rettung jener Finanzinstitutionen verwendet, die die Krise verursacht haben. Hedgefonds und andere spekulative Anlageformen sind Profiteure des Bankrotts Griechenlands. Die Privatisierung der Gewinne und Vergesellschaftung der Verluste hat ein für die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, aber auch für die Demokratie, unerträgliches Maß erreicht.

Als Akteurinnen der Zivilgesellschaft fragen wir, was die Bundesregierung national, auf EU-Ebene und in internationalen Gremien getan hat und was sie zu tun gedenkt, um diese zerstörerischen Aktivitäten des Finanzmarktes in Zukunft zu verhindern.

Wir ersuchen Sie deshalb, als die uns Bürgerinnen und Bürgern für den Finanzmarkt und für Finanzpolitik verantwortlichen Mitglieder der Bundesregierung, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Was wurde getan, um den Handel mit Derivaten, sowohl im Bankenbereich als auch außerbörslich auf das Maß der Absicherung von Risiken zu beschränken?
2. Wie weit ist man beim Verbot oder der massiven Beschränkung der Geschäfte „over the counter“?
3. Setzt sich die österreichische Bundesregierung für ein Verbot der Spekulation auf Nahrungsmittel, Land und Wasser ein?
4. Was tut die Bundesregierung für Transparenz in Gremien des Finanzmarktes?
5. Engagiert sich die Österreichische Bundesregierung innerhalb der EU, um Steuerwettbewerb zu verhindern und Steueroasen zu schließen?
6. Was tut die österreichische Bundesregierung bezüglich Transparenz im Bereich der Geldanlage von AusländerInnen in Österreich und von ÖsterreicherInnen im Ausland, und ist die Bundesregierung Österreichs bereit, hierbei zumindest EU-konforme Regelungen umzusetzen?
7. Wie stellt sich die österreichische Bundesregierung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor, die diesen Namen auch verdient und alle – insbesondere spekulative – Finanzprodukte mit einbezieht?
8. Wie soll die im Haushaltsrecht verankerte „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“ („Gender-Budgeting“) verwirklicht werden, wenn die männerdominierte Finanzbranche massiv gefördert, während soziale Sektoren und die Entwicklungszusammenarbeit gekürzt werden?
9. Warum gibt die österreichische Bundesregierung Handlungsspielraum auf der Ausgabenseite auf (EU-Fiskalpakt), ohne im Gegenzug Reformen auf der Einnahmenseite durch eine adäquate Besteuerung von Vermögen dort vorzunehmen, wo es sich besonders anhäuft?

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Eva Klawatsch-Treitl (Obfrau)

WIDE - Netzwerk Women in Development Europe
Währingerstr. 2-4 / 22, A-1090 Wien
Tel: (++43-1) 317 40 31
office@wide-netzwerk.at
www.wide-netzwerk.at
ZVR-Zahl: 626905553